



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

363 (10.8.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-204865](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-204865)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Legungpreis: In Mannheim und Umgebung monatlich 1,50 M. ...

Anzeigenpreise: Die kleine Zeile ...

Beilagen: Der Sport v. Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz. Recht. Mannh. Frauen-Zeitung. Mannh. Musik-Zeitung. Bildung u. Unterhaltung. Feld u. Garten. Wandern u. Reisen.

Krise auf der Londoner Konferenz.

Englischer Kabinettsrat.

WB. London, 9. August.

Reuter erfährt: Auf Grund der Tatsache, daß keine Verständigung zwischen den Alliierten in Sicht ist, für morgen eine Sitzung des britischen Kabinetts zusammenberufen worden.

Havas meldet aus London, daß, da die Möglichkeit besteht, daß schwerwiegende Entscheidungen von der britischen Regierung getroffen werden müßten, Lloyd George seine Kollegen im Kabinettsrat für morgen nachmittags 3 Uhr zu einer Beratung zusammenberufen habe.

Vertagung?

Berlin, 10. Aug. (Von unfr. Berl. Büro.) Im Gegensatz zu der offenbar tendenziösen Havas-Meldung, nach der Lloyd George bereits einige der Garantieforderungen Poincarés gutgeheißen habe, wird der „Deutschen Wägen. Ztg.“ aus London gemeldet, die belgischen Bemühungen auf Vermittlung blieben bisher erfolglos.

Die Gegensätze versteifen sich.

Berlin, 9. Aug. Ueber die Lage in London telegraphiert der Londoner Sonderberichterstatter der „D. A. Z.“ noch folgendes: Die Lage ist unüberwindlich. Die Gegensätze versteifen sich.

In französischer, der Delegation nahestehenden Kreisen wird festgestellt: verlässlich, daß Frankreich allein vorgehen und bei Widerstand Deutschlands gegen die zu erwartende Note auch das Ruhrgebiet besetzen werde.

Wie der Korrespondent der „Voll. Ztg.“ zuverlässig hört, hat Poincaré beim Pariser Kabinettsrat angefragt, ob er ein neues Programm mit geringeren Forderungen vorlegen darf.

Wie aus Paris gemeldet wird, trägt man in französischen amtlichen Kreisen einen gewissen Optimismus zur Schau.

Wie aus Paris gemeldet wird, trägt man in französischen amtlichen Kreisen einen gewissen Optimismus zur Schau.

Der „Manchester Guardian“ schreibt, offenbar seien Lloyd George und seine Ratgeber nun zu dem Schluß gelangt, daß die belgischen Vorschläge nichts als eine europäische Katastrophe bedeuten und daß Frankreich einen Schritt antreibe, um dann isoliert vorzugehen.

Reuter meldet, in britischen amtlichen Kreisen werde erklärt, die belgische Forderung werde von mancher Seite als deutschfreundlich bezeichnet, sondern die Gesamtinteressen der Alliierten vertritt.

Reuter meldet, in britischen amtlichen Kreisen werde erklärt, die belgische Forderung werde von mancher Seite als deutschfreundlich bezeichnet, sondern die Gesamtinteressen der Alliierten vertritt.

Reuter meldet, in britischen amtlichen Kreisen werde erklärt, die belgische Forderung werde von mancher Seite als deutschfreundlich bezeichnet, sondern die Gesamtinteressen der Alliierten vertritt.

Gegen die Vorschläge Poincarés.

WB. London, 9. Aug. Das Reuterische Büro erfährt: Der Bericht des Sachverständigenausschusses über die Vorschläge Poincarés ist überreicht worden. Der Ausschuss ist zu dem Schluß gekommen, daß die Vorschläge überhaupt keine außerordentlichen Gelder von Deutschland einbringen würden.

Die nächste Sitzung der Konferenz wird am Freitag stattfinden. Die britischen Minister nehmen den Standpunkt ein, daß es nicht wünschenswert sei, eine Meinung über die Lage zu äußern, bevor sie sich mit ihren Kollegen beraten haben.

WB. London, 9. Aug. Wie Reuter erfährt, wird über die Beratungen des Redaktionsausschusses der Konferenz von heute vormittag nichts Näheres mitgeteilt.

WB. London, 9. Aug. Wie Reuter erfährt, wird über die Beratungen des Redaktionsausschusses der Konferenz von heute vormittag nichts Näheres mitgeteilt.

WB. London, 9. Aug. Wie Reuter erfährt, wird über die Beratungen des Redaktionsausschusses der Konferenz von heute vormittag nichts Näheres mitgeteilt.

WB. London, 9. Aug. Wie Reuter erfährt, wird über die Beratungen des Redaktionsausschusses der Konferenz von heute vormittag nichts Näheres mitgeteilt.

WB. London, 9. Aug. Wie Reuter erfährt, wird über die Beratungen des Redaktionsausschusses der Konferenz von heute vormittag nichts Näheres mitgeteilt.

WB. London, 9. Aug. Wie Reuter erfährt, wird über die Beratungen des Redaktionsausschusses der Konferenz von heute vormittag nichts Näheres mitgeteilt.

WB. London, 9. Aug. Wie Reuter erfährt, wird über die Beratungen des Redaktionsausschusses der Konferenz von heute vormittag nichts Näheres mitgeteilt.

WB. London, 9. Aug. Wie Reuter erfährt, wird über die Beratungen des Redaktionsausschusses der Konferenz von heute vormittag nichts Näheres mitgeteilt.

WB. London, 9. Aug. Wie Reuter erfährt, wird über die Beratungen des Redaktionsausschusses der Konferenz von heute vormittag nichts Näheres mitgeteilt.

WB. London, 9. Aug. Wie Reuter erfährt, wird über die Beratungen des Redaktionsausschusses der Konferenz von heute vormittag nichts Näheres mitgeteilt.

WB. London, 9. Aug. Wie Reuter erfährt, wird über die Beratungen des Redaktionsausschusses der Konferenz von heute vormittag nichts Näheres mitgeteilt.

WB. London, 9. Aug. Wie Reuter erfährt, wird über die Beratungen des Redaktionsausschusses der Konferenz von heute vormittag nichts Näheres mitgeteilt.

WB. London, 9. Aug. Wie Reuter erfährt, wird über die Beratungen des Redaktionsausschusses der Konferenz von heute vormittag nichts Näheres mitgeteilt.

WB. London, 9. Aug. Wie Reuter erfährt, wird über die Beratungen des Redaktionsausschusses der Konferenz von heute vormittag nichts Näheres mitgeteilt.

WB. London, 9. Aug. Wie Reuter erfährt, wird über die Beratungen des Redaktionsausschusses der Konferenz von heute vormittag nichts Näheres mitgeteilt.

WB. London, 9. Aug. Wie Reuter erfährt, wird über die Beratungen des Redaktionsausschusses der Konferenz von heute vormittag nichts Näheres mitgeteilt.

Der Kriegstreiber.

Das am 9. August erschienene Heft der „Süddeutschen Monatshefte“ trägt den Titel „Poincaré“ und beschäftigt sich eingehend mit dessen Politik vor dem Kriege, vor allem im Jahre 1912.

Das erste der drei Protokolle ist unterzeichnet vom Generalstabschef der russischen Armee J. Glinzky, dem Generalstabschef der französischen Armee Dubail und dem französischen Kriegsminister Messimy.

Das Protokoll der dritten Konferenz endlich ist gezeichnet vom Generalstabschef der russischen Armee J. Glinzky und dem Generalstabschef der französischen Armee J. Joffre.

Im Hinblick auf die Tatsache, daß die Ausführungen der beiden Generalstabschefs von der russischen und französischen Regierung durch die Unterzeichnung der Konferenzprotokolle vom August 1911 und Juni 1912 bestätigt worden sind, erscheint es angezeigt, diesen Bemerkungen folgende Form zu geben:

Wie die französische und russische Regierung im Jahre 1911 und 1912 anerkannt haben, verpflichtet die deutsche Mobilmachung Rußland und Frankreich, sofort und gleichzeitig alle ihre Streitkräfte bei der ersten Nachricht hieron mobilzumachen, ohne daß es einer vorhergehenden Verabredung bedarf.

Der unterzeichnete (von uns gesperrte) Satz wurde hinzugefügt für den Fall eines unvorhergesehenen Angriffes von Seiten der Deckungstruppen, noch ehe mobilgemacht wird, um sich eines wichtigen strategischen Punktes zu bemächtigen.

Der Plan der Verbündeten muß daher darin bestehen, bestrebt zu sein, im gleichen Zeitpunkt von beiden Seiten zugleich einen Angriff zu führen, der die Höchstleistungen der gemeinsamen Anstrengungen darstellen soll.

General Joffre gibt die Erklärung ab, daß Frankreich auf seiner Nordost-Grenze fast die Gesamtheit seiner Streitkräfte, welche die durch den Wortlaut der Konvention vorgesehene Ziffer um mehr als 200 000 Mann überschreiten wird, einzusetzen beabsichtigt; daß die Konzentration der Kampfororganisationen an dieser Grenze größtenteils am 10. Mobilmachungstage beendet sein wird und daß die Offensive dieser Truppenkörper am 11. Tag morgens beginnen wird.

General Glinzky erklärt, daß Rußland gegen Deutschland eine Truppenmacht, welche aus wenigstens 800 000 Mann besteht, einsetzen wird; die Konzentration ihrer Kampfformationen wird an der russisch-deutschen Grenze größtenteils am 15. Mobilmachungstage beendet sein und die Offensive dieser Truppenkörper wird gleich nach dem 15. Tag beginnen.

Die Konferenzteilnehmer legen in großen Linien die Aufmarsch- und Gruppierungspläne der gegen Deutschland bestimmten französischen und russischen Armeen dar.

Sie sind einig in bezug auf die Notwendigkeit, die Offensive gegen das Herz des Landes ihres Gegners zu richten und in bezug auf die Zweckmäßigkeit der Streitkräfte in der Weise zu konzentrieren, daß sie operieren können, entweder um die in Ostpreußen konzentrierten Streitkräfte des Feindes zu bekämpfen, oder um auf Berlin vorzurücken.

Ohne die für Rußland bestehende Notwendigkeit verkennen zu wollen, zahlreiche Streitkräfte Ostpreußen und Schweden gegenüber halten zu müssen, vertritt General Joffre die Meinung, daß die Niederlage Deutschlands die Operationen der russischen Armeen gegen die anderen feindlichen Mächte außerordentlich erleichtern wird.

Es ist daher wesentlich erforderlich, daß die französischen Armeen eine ausgesprochene zahlenmäßige Bestätigung erhalten.

Es ist daher wesentlich erforderlich, daß die französischen Armeen eine ausgesprochene zahlenmäßige Bestätigung erhalten.

Es ist daher wesentlich erforderlich, daß die französischen Armeen eine ausgesprochene zahlenmäßige Bestätigung erhalten.

Es ist daher wesentlich erforderlich, daß die französischen Armeen eine ausgesprochene zahlenmäßige Bestätigung erhalten.

Es ist daher wesentlich erforderlich, daß die französischen Armeen eine ausgesprochene zahlenmäßige Bestätigung erhalten.

Es ist daher wesentlich erforderlich, daß die französischen Armeen eine ausgesprochene zahlenmäßige Bestätigung erhalten.

Es ist daher wesentlich erforderlich, daß die französischen Armeen eine ausgesprochene zahlenmäßige Bestätigung erhalten.

Ein Appell an Amerika.

Berlin, 10. Aug. „United Telegraph“ berichtet aus London, Lloyd George sei der Ansicht, die Wiederherstellungsfrage könne nur mit Hilfe Amerikas und auf einer Konferenz, an der die Amerikaner aktiv teilnehmen, endgültig gelöst werden.

Ein neues Anleiheprojekt.

Paris, 9. Aug. Die „Ere nouvelle“ glaubt zu wissen, daß Theunis im Einverständnis mit einer Gruppe amerikanischer Finanzleute in offizieller Form die meisten Konferenzteilnehmer für eine internationale Anleihe von 1 Milliarde Dollar gewonnen hat.

Die Auffassung in Newyork.

Newyork, 8. Aug. Die durch Poincarés Erklärung über die Nichterfüllung der Friedensbedingungen durch Deutschland entstandene deutsch-französische Krise wird hier als ein neuer Versuch Frankreichs kritisiert, seine Position auf der Londoner Konferenz zu verteidigen.

Die österreichische Frage auf der Konferenz. Berlin, 10. Aug. Der „Antragsgenant“ meldet von der Londoner Konferenz, die Teilnehmer würden sich auch mit der österreichischen Finanzlage befassen.

Die österreichische Frage auf der Konferenz. Berlin, 10. Aug. Der „Antragsgenant“ meldet von der Londoner Konferenz, die Teilnehmer würden sich auch mit der österreichischen Finanzlage befassen.

Die österreichische Frage auf der Konferenz. Berlin, 10. Aug. Der „Antragsgenant“ meldet von der Londoner Konferenz, die Teilnehmer würden sich auch mit der österreichischen Finanzlage befassen.

Die österreichische Frage auf der Konferenz. Berlin, 10. Aug. Der „Antragsgenant“ meldet von der Londoner Konferenz, die Teilnehmer würden sich auch mit der österreichischen Finanzlage befassen.

mäßige Ueberlegenheit über die deutschen Streitkräfte im Westen besitzen. Dies wird sich um so leichter erreichen lassen, wenn Deutschland sich in der Zwangslage befindet, größere Streitkräfte an seiner Ostgrenze zu halten.

General Joffre legt auseinander, daß es unter Berücksichtigung dieser Gedankengänge für die Gelamlage der beiden Armeen von Vorteil wäre, wenn die russischen Streitkräfte im Gouvernement Warschau schon in Friedenszeiten derart disloziert wären, daß sie eine direkte Bedrohung Deutschlands bilden.

Von den bisher unbekanntem Depeschen, die zwischen Tsmatski, Sazonow und Krupenski im Jahre 1912 geschickt worden sind, seien folgende Auszüge wiedergegeben.

Am 30. Mai 1912 depechiert der russische Botschafter in Paris an Sazonow, Poincaré sei der Ansicht, daß Rußland, Frankreich und England die italienisch-türkische Frage gemeinsam besprechen müssen, um sich über alle Einzelheiten zu einigen und bereit zu sein, in günstigen Augenblicke mit ihrem Konferenzvorschlagn hervorzutreten, da er vor allem befürchtet, daß Kaiser Wilhelm eine solche Initiative unerwartet ergreifen wird.

Wir sehen also, den Leiter der französischen Politik bestimmt nur der eine Gedanke, Deutschland jede Möglichkeit zum Handeln zu unterbinden. Seine Nervosität in bezug auf diesen Punkt steigert sich zur höchsten Erregung, als er von der bevorstehenden Zusammenkunft zwischen Kaiser Wilhelm und dem russischen Zaren in Balfischport erfährt. Ein bisher noch nirgends abgedrucktes Telegramm von Tsmatski an Sazonow vom 5. Juni 1912 berichtet:

Aus der Unterhaltung gewann ich den Eindruck, daß Poincaré über das bevorstehende Ereignis, das zweifellos in weitgehendster Nähe von den Feinden der Tripleentente ausgehen wird, überaus besorgt ist.

Zwei Tage später gibt eine andere neue Depesche nach weitere Einzelheiten. Poincaré hat inzwischen vom französischen Botschafter in Petersburg die Mitteilung erhalten, daß Kaiser Wilhelm in Balfischport in Begleitung seines Reichskanzlers und Zor Nikolas zusammen mit Sazonow erscheinen wird.

Tsmatski dröhelt darüber aus Paris an Sazonow unter dem 7. Juni 1912:

Im Gespräch mit Poincaré sagte ich ihm, daß die Zusammenkunft in den Schären ohne Zweifel und nach den früheren Beispielen nicht einen politischen, sondern einen vollkommen privaten und familiären Charakter haben wird, was ihn bis zu einem gewissen Grade beruhigt. Seit telegraphiert George Louis (der französische Botschafter in Petersburg, d. H. der Kanzler Kaiser Wilhelm begleitet wurde und Sie den Kaiser. Das verleiht Poincaré in höchstgradig Unerwartung, da er davon überzeugt ist, daß unter diesen Umständen und angesichts der gespannten internationalen Lage der Zusammenkunft überall eine außerordentliche politische Bedeutung beigegeben werden wird. Er befürchtet ferner, daß Kaiser Wilhelm die Gelegenheit sich zum Ausdruck machen werde, um mit irgendeinem Vorschlage hervorzutreten und auf diese Weise die Friedensstiftung zwischen Italien und der Türkei in seine Hände zu nehmen. Er telegraphiert demgegenüber Louis, daß er sich unserer politischen Versicherung vergewissern müsse, daß bei der Zusammenkunft keinerlei Verhandlungen über Fragen des Nahen Ostens oder andere Fragen unserer Umgebung Frankreichs geführt werden. Zu diesem Zwecke solle Louis sich eine allerhöchste Anweisung erbitten.

Um allen Ueberraschungen vorzubeugen, schlägt der französische Außenminister nun vor, Rußland, Frankreich und England, also die drei Ententemächte, sollten sich über ein gemeinsames Vorgehen zwecks Behandlung des italienisch-türkischen Krieges einigen. In einem Geheimtelegramm vom 9. Juni 1912, das wiederum hier zum erstenmal bekanntgegeben wird, nimmt Petersburg endlich zu den Belürchungen Poincarés in bezug auf Deutschland Stellung, und zwar in einer Sprache, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt.

Was seine (Poincarés) Belürchungen über die bevorstehende Zusammenkunft in den Schären anbelangt, so lehnt er es entschieden ab, die von den Franzosen bekundete Verantwortung zu verstehen, die nur dann erklärlich wäre, wenn in unklarer gegenseitigen Beziehungen Veränderungen stattfänden, die die Festigkeit unseres Bündnisses zu erschüttern imstande wären. Untererseits haben wir zu herortigen Belürchungen keinerlei Anlaß gegeben und halten das von den Franzosen geäußerte Mißtrauen für vollkommen unbegründet und sogar gefährlich.

Schließlich sei noch der Anfang einer Depesche Krupenski aus Rom vom 3. Juli wiedergegeben:

Der 1. Sekretär der französischen Botschaft, der zeitweilig seinen Chef vertritt, der im Gebirge wohnt und nur von Zeit zu Zeit nach Rom kommt, hat mich im Auftrag Barreres aufgesucht und mir folgendes mitgeteilt: Herr Barrere hat aus Paris ein Telegramm des französischen Botschafters in Petersburg zugestellt erhalten, in welchem Louis seiner Regierung sein Gespräch mit Sazonow mitteilt. In diesem Telegramm gibt Louis die Worte des Ministers folgendermaßen wieder: „Sans qu'on me l'ait dit expressément" — sagt Sazonow — „J'ai maintenu la certitude que l'Allemagne avec l'assentiment du Cabinet de Rome agit auprès des deux belligérants (d. H. in Konstantinopel und Rom) pour les amener à s'entendre directement et elle espère arriver ainsi seule à déterminer la conclusion de la paix."

Das Pariser Kabinett — fügte der Sekretär hinzu — sei durch diese Nachricht sehr besorgt, denn wenn es Deutschland gelingt, die Türkei von der Notwendigkeit zu überzeugen, sich den italienischen Bedingungen zu fügen — was allein, wie Barrere glaubt, den Frieden möglich macht — werde es die Sympathien und die Dankbarkeit Italiens gewinnen.

Die Frage der Verhandlungen der russischen und französischen Regierung war dann die offizielle Einladung des Großfürsten Nikolajewitsch zu den in Frankreich stattfindenden Verhandlungen. Klarer als in diesen Dokumenten kann nicht gesagt werden, daß die Gefühle Poincarés gegenüber Deutschland gekühlt waren. Das Zusammenarbeiten der Mächte für den Frieden zu fördern.

Die Ausweisungen aus dem Elfaß.

8. Sandbrücken, 9. Aug. Ein Straßburger Arbeiter der „Saarbrücker Landeszeitung“ hatte Gelegenheit, in Straßburg mit einer führenden Persönlichkeit in Sachen der Gerichte über drohende Ausweisungen von 80000 Deutschen aus Elfaß-Lothringen Gührung zu nehmen. Hier wurde ihm folgendes erzählt: Gegenwärtig befinden sich im Lande noch rund 300000 Deutsche, die aus wirtschaftlichen Gründen auf der heimatischen Erde zu bleiben gezwungen sind, solange ihr Hab und Gut als

„feindliche Ausländer“ noch nicht von Staatswegen freigegeben ist, das heißt, solange ihren Anträge auf Naturalisation, das heißt Aufnahme in den französischen Staatsverband nicht Folge geleistet ist. Und mit der Erfüllung dieser taufentfälligen Naturalisationsvorbedingung ist seitens der Präfecturen es nicht nach den derzeitigen äußerst fröhlichen finanziellen Verhältnissen in Deutschland nun noch gute Weile haben. Eine Massenauweisung der Deutschen im Lande als erste Zwangsmahnahme soll aber erst allmählich fortschreitend zur Tatfache werden, wenn die Drehungen gegenüber Deutschland nichts fruchten, bezw. auf internationalem Wege in Kürze eine Lösung oder Milderung des Konfliktstoffes nicht erreicht wird. Offiziös wurde aus Paris am vergangenen Montag gemeldet, daß die erste Sanktion gegen Deutschland getroffen wird, und in der Ausweisung von 150 Deutschen aus dem Lande besteht, deren beträchtliches Vermögen sequestriert wird. Nächste Woche sollen abermals 150 wohlhabende Deutsche des gleiche Schicksal erfahren. Dann erst wird die Frage der Massenauweisungen auf sein und werden. Erfreulicherweise sträubt sich die gesamte bürgerliche Presse — ohne Unterchied der Parteirichtung — gegen eine solche Gewaltmaßnahme.

Selbst die Stimmen der Chauvinisten glauben aus solchen denationalen Geüsten keinen Segen für das wirtschaftliche und moralische Leben des Landes erblicken zu sehen. Wir beschränken uns auf folgende führende Pressestimmen:

Der „Kämpfer“ schreibt: „Es ist nötig, um das nichtzahlende Deutschland zu strafen, das wirtschaftliche Leben des Elfaß und Lothringens durch Massenauweisungen zu erschüttern? Wir sind die ersten, welche die Ausweisung von Deutschen befürworten, die das Vaterland mißbrauchen. Aber wir halten es für außerordentlich bedenklich, Maßnahmen bei uns durchzuführen, wodurch die elfaßisch-französischen Kreise in welchem Umfang benachteiligt würden. Hat man vergessen, wie viele Deutsche sich hier zu Lande assimiliert haben, mit Elfaßern vermischt oder verheiratet sind, als ihre Heimat von Kind an nur das Elfaß und Lothringen kennen? Will man diese Bande zerreißen, wodurch beide Teile schwer getroffen werden?“ „Rechtlich äußert sich die deutschfeindliche „Neue Straßburger Zeitung“, indem sie schreibt: „Es geht nicht an, daß man, um Deutschland zu strafen, alle diese Bande zerreiht; denn man trifft damit nicht Deutschland, sondern in den allermeisten Fällen das Elfaß und Lothringen. Es geht nicht einmal an, daß man mit diesen Ausweisungen auch nur droht; denn mit solchem Damoklesschwert über dem Haupte ist es einem ehrlichen Manne nicht möglich, zu arbeiten, müssen in gutem Glauben aufgenommene Familienbeziehungen zum offensenden Schaden des Bürgerstammes und des nationalen Empfindens verdirbt werden. Unser soziales und Wirtschaftsleben braucht Sicherheit und Stabilität, wenigstens in dem Maße, in dem sie in jedem Grenzlande vorhanden ist. Die Ausländerfrage soll bei uns wie in jeder anderen französischen Provinz nach dem Gesichtspunkte der öffentlichen Sicherheit behandelt werden.“

Auffhub der Ausweisungen.

1. Berlin, 10. Aug. Ueber Paris wird aus Straßburg gemeldet, dort ist der Befehl eingegangen, die ausgeproben Ausweisung der Deutschen bis auf weiteres aufzuschieben. Für die Durchführung der Ausweisung seien bereits 30 Volkseinspektionen bereit gestellt gewesen.

Zu dem Aufhube der Deutschenausweisungen aus dem Elfaß schreibt die „D. N. Z.“: „Man werde in der Annahme kaum fehlgehen, daß der Gang der Verhandlungen in London den Aufhube hervorgerufen hat.“

Die Verhandlungen zwischen Bayern und dem Reich.

1. Berlin, 9. Aug. Die bayerische Kommission, die sich aus dem Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld, dem Minister des Innern Dr. Schwener und dem Justizminister Dr. Guntner zusammensetzt, hat, nachdem Graf Lerchenfeld dem Reichspräsidenten einen Besuch abgestattet hatte, im Anschluß daran eine kurze Unterredung mit dem Reichskanzler gehabt. Um 11 Uhr vormittags fand eine Sitzung mit den Mitgliedern der Reichsregierung statt, deren Vorsitz Reichspräsident Ebert führte. Der ganze Komplex der Fragen, die zwischen Bayern und dem Reich zu lösen sind, wurden in dieser Sitzung eingehend besprochen. Die Aussprache bewies, daß allgemein die Absicht besteht, zu einer endgültigen Klärung des Verhältnisses zwischen Reich und Bayern zu gelangen. Einzelne Fragen, in denen noch Meinungsverschiedenheiten bestehen, werden zunächst von den beteiligten Ressortministern geprüft. Die Einzelbesprechungen begannen heute nachmittag. Um 1 1/2 Uhr fand bei dem Reichskanzler zu Ehren des bayerischen Ministerpräsidenten ein Frühstück statt.

2. Berlin, 10. Aug. (Von unserem Berliner Büro.) Die gestrigen Einzelberatungen der Soneralkonferenz dauerten von 4-8 Uhr. Aus begründeten Gründen wird über die Einzelheiten der Besprechung nichts mitgeteilt, doch läßt sich soviel sagen, daß sie durchaus von dem Wunsch nach Verständigung getragen war und daß bei der Wiederaufnahme der Besprechungen heute morgen hauptsächlich weiterhin mit Erfolg an der Befriedigung der noch vorhandenen Gegenstände gearbeitet werden wird. Wie verlautet, hofft man gegebenenfalls bereits heute oder zu einem absehbareren Ertragnis zu gelangen. Wie lange der Aufenthalt des bayerischen Ministerpräsidenten in Berlin dauern wird, hängt natürlich von der Entwicklung der Verhandlungen ab. Es ist indes nicht ausgeschlossen, daß Graf Lerchenfeld, was in Berlin gerne gesehen würde, am Freitag an der Verfassungsfeier im Reichstag teilnimmt. Endgültiges darüber steht allerdings noch nicht fest.

Die zwei Hauptfragen.

1. Berlin, 9. Aug. Bei den heutigen Verhandlungen zwischen der bayerischen Kommission und der Reichsregierung standen, wie der „Tag“ erzählt, im Vordergrund zwei Fragen, die wegen ihrer besonderen Bedeutung lebhaft diskutiert wurden: 1. Was das Gesetz zum Schutze der Republik anbelangt, so sind die bayerischen Unterhändler der Meinung, daß das Reichsgericht zum Schutze der Republik eine größere Anzahl von Gegenständen nicht selber behandeln, sondern diese den Ländern zur Wartung übergeben soll. 2. Was das Reichskriminalpolizeigesetz anbelangt, wünschen die Bayern die Errichtung einer besonderen bayerischen Abteilung bei dem Reichskriminalpolizeiamt, außerdem verlangen die Bayern Gerechtigkeit dafür, daß die Hochgerichtsämter der süddeutschen Bundesstaaten nicht weiter beeinträchtigt werden.

Ohne Recht der bindenden Entscheidung.

3. München, 9. Aug. Zu den augenblicklich in Berlin stattfindenden Verhandlungen zwischen Bayern und dem Reich nimmt heute der „Bayerische Kurier“ nochmals Stellung. Das Blatt erklärt: Für eine Erörterung der bayerischen Absichten in der Öffentlichkeit sei der Zeitpunkt noch nicht reif. Der bayerische Standpunkt werde in Berlin mit allem Nachdruck vertreten und es werde keine Grundrauffassung der bayerischen Politik um einer scheinbaren Lösung willen preisgegeben werden. Eine bindende Entscheidung würde

den die bayerischen Unterhändler in Berlin nicht fällen können. Vor einem solchen Schritte müßten zunächst die parlamentarischen Instanzen in München gehört werden.

Zu den von dem „Demokratischen Dienst“ in Berlin veröffentlichten Mitteilungen der bayerischen Kommission bemerken die „D. N. Z.“, diese könnten, wenn sie wirklich so lauten sollten, nur durch Indiskretion bekannt geworden sein. Es sei selbstverständlich, daß über schwebende Verhandlungen und die beiderseitige Stellungnahme solange Stillschweigen beobachtet werden sollte, bis diese Verhandlungen abgeschlossen sind. Durch vorzeitige Veröffentlichungen könnten sie nur gestört und erschwert, keinesfalls aber erleichtert werden.

Nochmals die Pfalzfrage.

4. München, 9. Aug. Zu der gabelbreiten Rede des Reichstagsabgeordneten Hoffmann nimmt auch der „Bayerische Kurier“ in scharfer Weise Stellung. Das Blatt sagt: Hoffmanns Ministerpräsidentenschaft habe bewiesen, daß er sich nicht als Parteiführer; denn seine Ministerialität sei eine fortgesetzte Schädigung der bayerischen Interessen gewesen. Wenn schon in dem Ministerium Hoffmann eine Pfalzfrage bestanden hätte, so sei der Unterschied nur der, daß sich damals die Pfalz, die sich wirklich als Bayern fühlte, in der Pfalz überlegt hätte, ob sie bei einem Lande bleiben könnte, das nur noch den Namen Bayern führte. Solche Reden wie Hoffmanns hätten sie aber auch damals nicht gehalten. Zum Schluß fragt das Blatt, ob sich die Mehrheitssozialisten wirklich auf solche Weise regierungsfähig machen wollten.

5. München, 9. Aug. Gegen die „Münchener Neuesten Nachrichten“ ist, wie das Blatt mitteilt, auf Grund des § 5 Absatz 3 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juni 1922 zum Schutze der Republik ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Das Verfahren läuft sich auf einen Artikel „Artists Tage“ vom 26. Juni 1922, der zu einer Strafandrohung beim Oberreichsanwalt wegen Verleumdung des früheren republikanischen Ministers Kuer von Seltzen nicht näher angegebener Kreise geführt hat.

Der internationale Bergarbeiterkongress.

6. Frankfurt a. M., 9. Aug. Der 26. Bergarbeiterkongress beschloß nach einem Bericht des Bergwerksdirektors über die Arbeiterkontrolle in der Industrie folgendes: Es wird als Pflicht der nationalen Sektionen erklärt, sich für die Einwirkung von Betriebsräten in der Bergwerkindustrrie einzusetzen. Weiter wurde auf belgischen Antrag der Beirat des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam einen internationalen Generalkongress auszurufen, befristet. Das Büro des Internationalen Bergarbeiterverbandes wurde beauftragt, sich für den Kongress zu bemühen. Ferner soll sich die internationale Aktion geprüft werden können. Ferner soll sich das Büro unverzüglich mit den verschiedenen Bergbau treibenden Ländern in Verbindung setzen, um die Selbstverwaltung der Bergbauorganisationen im Anschluß an die Bergarbeiter-Internationalen ins Leben zu rufen. Schließlich wird das Internationale Komitee beauftragt, möglichst schnell die Beziehungen zur amerikanischen Bergarbeiterorganisation wirksamer zu gestalten. Die Franzosen hätten den Antrag gestellt, nicht nur im Falle eines Krieges, sondern auch zur Durchsetzung der internationalen Forderungen zum Schutze der internationalen Aktion zu schreiben. Als erste Warnung und als Antwort auf die Angriffe der Unternehmer soll ein internationaler Bergarbeiterstreik von 24 Stunden und, wenn dieser keinen Erfolg habe ein längerer internationaler Bergarbeiterstreik ausgerufen werden.

Der französische Antrag wurde mit 86 gegen 16 Stimmen abgelehnt und der belgische mit dem gleichen Stimmenverhältnis angenommen. An dem Antrag der Franzosen wurde von den übrigen Vertretern fast aller Länder ablehnende Kritik geübt.

Deutsches Reich.

7. Berlin, 10. Aug. (Von unserem Berliner Büro.) In einem langweiligen Aufsatz wendet sich das Moskauer Exekutivkomitee der kommunistischen Exilanten in der „Roten Wacht“ an die deutschen Arbeiter und fordert sie unter Hinweis darauf, daß das Schicksal der Welt von der Hand der Arbeiter abhängt, die die Gegenrevolution in Bayern zum Angriff übergehe, daß die Führer zu zwingen, auf die Koalition mit der Bourgeoisie zu verzichten und den Reichstag aufzulösen, und in den Kampf zu treten für die Interessen der Arbeiterregierung.

Zur Auflösung des deutschösterreichischen Schutzbundes.

8. Berlin, 10. Aug. Zu der Ablehnung der Beschlüsse des deutschösterreichischen Schutz- und Trugbundes in Hamburg und der Ortsgruppen in Dresden und Leipzig wegen Auflösung des Bundes werden die Gründe veröffentlicht, die dem Staatsgerichtshof bei seiner Entscheidung vorzuliegen haben. Es sei gerichtsausschließend, daß Angehörige des Bundes eine systematische Hege gegen einen jüdischen Teil der deutschen Bevölkerung betrieben hätten. Es sei gerichtsausschließend, daß der dringende Wunsch der Gemardung des jüdischen Außenministers, eines Mitglieds der deutschen Regierung verübt zu haben, gegen Männer begründet sei, die dem aufgeschlossenen Land angehörien. Bei einer Reihe von Verleumdungen liege dringender Grund der Befugnisgebung oder der Unterstützung vor. Die Befugnis wurde in erheblicher Weise verletzt dadurch, daß der Bund nach den festgestellten Tatsachen mit dem unter dem Vorbehalt der Staatsgerichtsbarkeit Behalten Bund national gestimmter Soldaten habe. Die Auflösung der Vereinigung erfordere hiernach gerechtfertigt.

Der Tod der Rathenau-Mörder.

9. Berlin, 10. Aug. (Von unfer. Berl. Büro.) Ueber die Vorgänge auf Burg Soosled teilt neuerdings die „Münchener Allgemeine Zeitung“ mit, daß die beiden Mörder Rathenaus von Schöps senen erschossen worden seien. Die Deutsche Tageszeitung bemerkt dazu, es wäre zu wünschen, daß eine amtliche Mitteilung dieser Vorgänge erfolgt, da nach der ersten Meldung nur einer der Täter von Weizsäcker erschossen worden sein soll. Eine solche Mitteilung würde, so schreibt das Blatt, alle Gründe bekannt geben, die die Volkshen zum Gebrauch der Waffe zwangen. Der Tod beider Attentäter habe bekanntlich die Aufhellung der ganzen Vorgänge sehr erschwert.

Parteitag der Deutschenationalen.

10. Berlin, 10. Aug. (Von unfer. Berl. Büro.) Nach der Veröffentlichung des Reichstages soll, wie es heißt, ein deutschnationaler Parteitag einberufen werden, um die jüngstvergangenen Streitfragen innerhalb der Partei zu klären, falls wieder eine Einigung auf anderem Wege nicht möglich ist. Ein Teil der Partei will nach die Oppositionspolitik der Partei einer Erneuerung unterzogen wissen. Die „D. N. Z.“ erklärt, daß der Parteitag in einem Sinne der deutschösterreichischen Frage gewinnbar sein soll.

Letzte Meldungen.

Jugoslawien und Bulgarien.

11. Berlin, 10. Aug. Wie aus Sofia gemeldet wird, rufen Jugoslawien und Bulgarien eine Note, in der die Einwirkung der Beamten und Offiziere und die Auflösung der jugoslawischen Streitkräfteverträge, die die jugoslawischen Bundesbeamten über Jugoslawien, geändert wird. Andernfalls will Jugoslawien die Auflösung des bulgarischen Handels freileiten. Es heißt, in Sofia man die jugoslawischen Forderungen ablehnen.

Amerika-Anleihen deutscher Städte.

Von Paul Steinjuch, Gelsenkirchen.

Die nachstehenden Ausführungen sind im Hinblick darauf, daß in der vorliegenden Mannheimer Bürgerausschuss-Sitzung zu der Aufnahme städtischer Anleihen im Auslande Stellung genommen wurde, von aktuellem Interesse.

Wenn der Staat in den Vorkriegsjahren mit peinlicher Sorgfalt die Schuldenlasten, die den Städten äußerste Vorsicht und Zurückhaltung in der Aufnahme von Schulden empfahlen und auch der Deutsche Städteverband sich verschiedentlich in ähnlichen Bahnen weisen Mahnungen bewegte, so muß uns das heute als eine übertriebene Klugheitslehre erscheinen, die uns wohl ein Bächlein abnützen mag. Es handelte sich damals, ganz abgesehen davon, daß die Verhältnisse an sich weit gesunder und stabiler waren, um Summen, die gegenüber den astronomischen Zahlen, mit denen man jetzt tagaus, tagein verunglückt, doch einfach zwerghaft erscheinen. Die ungerechte steuerliche Behandlung, die neuen Kosten, die man den Gemeinden aufzudrückt hat, die Aufgaben, die teils aus der neuen Einsetzung, teils aus der Misere der Zeit erwachsen, wie Wohnungsbau, Sozialaufwendungen, Volkshochschulen, Zwangsbewirtschaftungen und schließlich auch die allgemeinen Folgen der Geldentwertung drängen die Städte heute in ein Verschuldungsausmaß hinein, das man früher einfach mit Bankrott gleichgesetzt hätte. Es ist auch kaum noch überall durchzuführen, Schulden nur für außerordentliche, einmalige Ausgaben aufzunehmen, die sich durch ihre Zweckbestimmung produktiv verhalten und aus sich selbst heraus amortisieren. So müßig und unangenehm der Anleihebeweg auch sein mag, er löst sich heute nur einmal weniger vermeiden als früher. Aber selbst auf diesem Wege führt man auf große Schwierigkeiten. Klage man schon in Friedenszeiten über die Schlechterstellung von Stadtpapieren, weil das System der Auslösung, die Fremdheit der Kapitalgeber gegenüber den einzelnen Städten und schließlich die verschiedenartige Lagerung der letzteren die Unterbringungsbedingungen beeinträchtigen, so kommt jetzt noch die allgemeine Geldentwertung hinzu, die sich aus dem Entwertungsprozeß entwickelt hat und so auch Industrie und Handel empfindlich in Mitleidenschaft zieht.

Anfolge dieser Überverpannung des inneren Kapitalmarktes ist es notwendig, daß die Gemeinden sich in ihrer Geldschuldung erstlich mit dem Hilfsmittel der Anleihe befähigen, die ihnen vom Ausland geboten werden. Tatsächlich verhandeln eine ganze Reihe deutscher Städte mit ausländischen — hauptsächlich amerikanischen — Finanzkreisen. Bislang wurde eine Anzahl westdeutscher Gemeinden genannt, in Wirklichkeit sind es aber weit mehr, auch in anderen Gegenden des Reiches, wo die Welle der Amerikanerleihen noch in heimlicher Stille wandert, weil sie das Geschäft erst in der Tat haben möchten, ehe sie damit an die Öffentlichkeit treten. Die Verhandlungen spielen schon seit längerer Zeit und einige Städte sind ja auch bereits zu einem Ergebnis gekommen. Es liegen auch Angebote von englischer und dänischer Seite vor, aber sie waren infolgedessen ungünstiger, als die Rückzahlung in der fremden Währung erfolgen sollte. Hier haben wir schon den Kernpunkt des Problems der Auslandsanleihen und auch ihre ganze Gefahr. Die übrigen Bedingungen, soweit sie die Emittenten, den Anstich und ähnliches angeht, treten dahinter beträchtlich zurück. Es ist auch nicht ausschlaggebend, daß die Amerikaner sich, statt — wie es vereinzelt selbst noch bei Auslandsanleihen der Kommunen vorkommt, die Verpfändung von Grundstücken und Betrieben zu verlangen, beantragen, in der Steuerkraft der Gemeinden und den Geldern aus der Wohnungsabgabe eine ausreichende Sicherheit zu erblicken. Das sind gewiß erfreuliche Zeichen eines hochgehenden Vertrauens in die innere Kraft des deutschen Kommunalsystems. Aber all das ändert nichts an dem Risiko.

Eine Auslandsanleihe in fremder Währung kommt natürlich unter keinen Umständen in Frage. Hätte man die letzte Entwertung vor einem Jahre voraussehen können, so hätte man damals wohl den Satz aufstellen dürfen, daß kurzfristige Anleihen in ausländischer Währung abgelehnt werden müßten. Erstens sind aber kurzfristige Anleihen weder zu haben, noch von Wert, und zum zweiten ist die finanzwirtschaftliche Lage jetzt völlig unüberschaubar. Man ist zu dem, was man, daß eine auch nur einigermaßen gesunde kommunale Finanzverwaltung derartige Spekulationsgeschäfte selbst in der höchsten Not rundweg ablehnen wird. Wir haben in unserem kommunalen Leben doch bereits ein recht abschreckendes Beispiel. Die Stadt Bochum hat 1917 in der Schweiz eine Anleihe von 10 Millionen Mark aufgenommen, rückzahlbar 1927 in Franken. Das sind bei einem Umrechnungskurs von 80 zur Zeit 800 Millionen Mark, unter den üblichen Aufschlägen tatsächlich aber erheblich mehr, so daß man auf rund 1 Milliarde rechnen kann. Die Stadt kann von Glück sagen, daß wenigstens die Zinsen in Mark gezahlt werden.

Dieses Risiko ist bei den Amerikanerleihen allerdings abgemindert, da auch die Rückzahlung in Markwährung erfolgt. Vom Standpunkt des Amerikaners gesehen, liegt das Geschäft folgendermaßen: 100 Millionen Mark, die er den deutschen Städten leiht — werden in den bisher bekanntgewordenen Fällen durchgängig Summen von 100 bis 200 Millionen genannt — bedeuten für ihn bei einem Kurs von angenommenen 400 (er ist heute aber rund 500) die Ausgabe von nur 250 000 Dollars. Nehmen wir an, der Kurs werde in ein paar Jahren auf 300 sinken, so würde der Amerikaner in zehn Jahren somit fortgeschritten, daß der Kurs sich auf 50 gehoben hat, so bekommt der Amerikaner für seine 250 000 Dollars achtmal soviel, also zwei Millionen wieder. Zweifellos ein nettes

Geschäft! Das Risiko ist vom Standpunkt des Amerikaners durch die Rückzahlungsklausel, die die Anleihe erst in zehn Jahren lösbar macht, und die sog. Währungs-klausel so gut wie ausgeschlossen, noch weicht letztere die Schuldsumme sich im Falle einer Wänderung der deutschen Währung durch verhältnismäßigen Eintrag entsprechend mit verändert, so daß der absolute Wert derselbe bleibt. Gegen diese Klausel wurden jedoch von der Regierung, der sie ein Aufsichts- und Einspruchsrecht zubehält, Einwendungen erhoben, sie scheinen aber wieder behoben zu sein, da es ihr nur darauf ankommt, daß nicht etwa der Eindruck erweckt wird, sie beabsichtigen eine derartige Wänderung.

Betrachten wir die Sache nun aber einmal unter dem Gesichtswinkel der schuldenmachenden Städte. So gesehen, ist das Hauptbedenken bei der Tilgungsklausel. Es liegt auf der Hand, daß die 100 oder 200 Millionen heute bei der Entwertung für manche Stadt eine verhängnisvolle Last sein können. Der Entwertungsprozeß verteilert auch die Schulden. Der umgekehrte Fall, die Zuwertung, aber läßt sie unter Umständen ins Riesenhafte anschwellen. Ist die Mark erst wieder einmal mehr wert, so brüden sich die Einkünfte aus Steuern etc. natürlich in entsprechend niedrigeren Summen aus. Deshalb wird jede Stadt, die sich unter dem Zwang der Geldnot zu einer Auslandsanleihe entschließt, sofort mit der inneren Amortisation beginnen. Aber auch eine solche Politik hat nur den praktischen Erfolg einer Verminderung des Risikos, selten aber wohl den der völligen Ausschaltung desselben. Die Zuwertung kann den Städten trotz aller Vorsichtsmaßnahmen geradezu über den Hals kommen. Vorsicht ist daher unter allen Umständen geboten. Strengste Sparsamkeit in den Ausgaben, größte Planmäßigkeit in den Einnahmen und das Bestreben, die Anleihen nicht nur auf ein möglichst niedriges Maß zu beschränken, sondern die innere Tilgung so aufzubauen, daß die größeren Raten am Anfang stehen. An der Amerikanerleihe kann einmal das Schicksal einer Stadt hängen; deshalb ist es nötig, die Bedenken zu erwägen, wenn man auch die Hilfe aus dem Auslande an sich in der jetzigen Lage sicherlich begrüßen darf.

Nicht nur

für ein Vierteljahr kann der Mannheimer General-Anzeiger bei der Post bestellt werden,

sondern auch

für jeden einzelnen Monat innerhalb des Vierteljahres. Man übergebe die Bestellung frühzeitig dem Briefträger oder der Postzustellungsstelle für den Monat September. 5356

Wirtschaftliche Fragen.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden.

Die Arbeitsmarktlage blieb weiter günstig. Gegenüber der Vormode sank wiederum die Erwerbslosenziffer, besonders kamen ungerne Arbeiter in industriellen Privatbetrieben unter. Die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Kräften war wiederum sehr stark. Der Bedarf konnte nicht gedeckt werden. Es fehlt an Aechten und Rögden, besonders an Weibern. — Im Bergbau wurden Kohlarbeiter gesucht. — In der Metall- und Maschinenindustrie besteht immer noch Bedarf an Facharbeitern für Blecherei und Werkzeugbau. Die Arbeitsmarktlage für die Spinnstofffabrikation und Papierindustrie hat sich kaum geändert. Für letztere ist immer noch Mangel an entsprechenden Fabrikarbeiterinnen bemerkbar. — Im Holz- und Schnitzholzgewerbe werden Bau- und Möbelschreiner, Holzbildhauer, Zimmerer, Säger sehr gesucht. Im Nahrungsmittelgewerbe verstärkte sich die Nachfrage nach Bäckern. In der Tabakindustrie hat sich gegenüber der Vormode nichts geändert. Desgleichen im Bekleidungs-gewerbe, wo immer noch Mangel an Schneidern und Schuhmachern besteht. Friseur sind sehr gesucht. Empfindlicher Mangel besteht an gelehrten Arbeitskräften aller Art im Baugewerbe, besonders an Maurern und Gipsern; während andererseits ein geringes Angebot an Bauhilfsarbeitern zu verzeichnen ist. Das Handelsgewerbe zeigt keine Veränderung. Starke Nachfrage nach Küchenpersonal, insbesondere nach Küchenmädchen besteht immer noch im Gastwirts-gewerbe; wie auch häusliche Dienstboten aller Art des weiteren sehr gesucht sind.

Der Polizeibeamtenberuf.

In letzter Zeit ist in manchen Kreisen der badischen Bevölkerung die Ansicht laut geworden, daß nach der Umbildung der badischen Polizei die Einstellungsmöglichkeiten in den Polizeidienst nicht mehr so günstig seien, wie bisher. Diese Auffassung ist, wie wir von unrichtiger Seite erfahren, nicht zutreffend. Jungen, strebsamen

Männern, die Lust und Liebe zum Polizeiberuf haben, ist auch heute noch Gelegenheit gegeben, in den badischen Polizeidienst einzutreten und sich dadurch auch für spätere Zeiten, nach Ablauf der vertragsmäßigen Dienstzeit, eine auskömmliche Zukunft zu sichern. In Betracht kommen zunächst junge Männer von 18—22 Jahren von gutem Bau und, die einen gesunden kräftigen Körperbau haben und nicht unter 1,65 Meter groß sind. Sie müssen außerdem über normale Kenntnisse im Lesen, Schreiben und Rechnen verfügen. Auch ältere Leute bis zu 30 Jahren können, wenn sie gedient haben, sich zur Zeit noch zum Eintritt melden. Der in den Polizeidienst aufgenommene Beamte muß sich für eine 12jährige Dienstzeit verpflichten. Schon mit dem Tage seines Dienstbeginns erhält der Beamte eine ausreichende Befoldung, ferner Unterkunft und Verpflegung gegen mäßige Gebühr sowie freie Bekleidung und freie Krankenbehandlung. Er wird also sofort wirtschaftlich unabhängig. Außerdem wird ihm bei der Landespolizei günstige Möglichkeit für die Beförderung und damit zum Aufsteigen in höhere Befoldungsgruppen geboten. Einen besonderen Vorzug genießen die Polizeibeamten dadurch, daß der Erfolg für den gesamten polizeilichen Dienst (einschließlich Gendarmerie und voraussichtlich auch Gemeindepolizei) aus der auf Zeit angestellter Polizei entnommen wird.

Ganz besonders beachtenswert für alle, die sich dieser Laufbahn widmen wollen, ist die Tatsache, daß auch für die Zukunft der nach 12jähriger Dienstzeit auscheidenden Beamten in weitgehendem Maße gesorgt wird. Schon während der ganzen Dienstzeit erhalten die Beamten eine sorgfältige, geistige und berufswissenschaftliche Durchbildung. Sodann werden sie über auch in den letzten Jahren noch durch besondere Kurse auf ihre späteren Berufsvorbereitung, sei es nun, daß sie Beamte in anderen Zweigen des Staatsdienstes, Kaufleute oder Landwirte werden wollen. Um dem Auscheidenden den Übergang in den bürgerlichen Beruf zu erleichtern oder ihm den Weg zur Anstellung als Beamter im sonstigen Staatsdienste zu eröffnen, wird ihm auf Grund des demnächst zu erlassenden Landespolizeiverordnungsgesetzes eine weitgehende Versorgung gewährt. Nach Ablauf der Dienstzeit erhält jeder Beamte den Polizeiverordnungsgeld. Dieser gibt ihm die Möglichkeit zur Erlangung einer Beamtenstelle im Staatsdienst. Ferner werden Übergangsgebühren auf 3 Jahre bezahlt. Wer auf den Polizeidienst verzichtet, um sich z. B. dem Kaufmannsberuf zu widmen, erhält eine entsprechende Geldabfindung. Solchen, die sich der Landwirtschaft widmen wollen, wird durch eine Landesbürgerschaft eine förmliche Anfechtung erleichtert. Bewerbungen um Eintritt in den Polizeidienst sind an die Polizeischule in Karlsruhe, Mittelstraße Nr. 4, zu richten, die alles weitere wegen der Aufnahme veranlaßt. Es sei noch besonders darauf hingewiesen, daß die nächsten Kurse der Polizeischule im Oktober 1922 und im Januar 1923 beginnen. P. U.

Beendigung des Frankfurter Angestelltenstreiks.

II. Frankfurt a. M., 9. August. In der heute vormittag abgehaltenen Streikerversammlung der kaufmännischen Angestellten im Hippodrom wurden die in den gestrigen Versammlungen mit dem Arbeitgeberverband gemachten Vorschläge vorgelegt. Nach sehr erregten Debatten wurde die Abstimmung vorgenommen und die Vorschläge angenommen. Danach wird die Arbeit in allen kaufmännischen Betrieben heute nachmittags 2 Uhr wieder aufgenommen.

Das Ergebnis des Streiks ist folgendes: Für den Monat Juli bleibt der Schiedsspruch vom 28. Juli bestehen. Die 20 bis 30prozentige Erhöhung für Juli ist sofort nach Wiederaufnahme der Arbeit auszahlfähig. Ferner wird für den Monat August eine Gehaltserhöhung von 54 Prozent auf die Juni-gehälter bewilligt. Ab 1. August werden die weiblichen Kräfte den männlichen in der Bezahlung gleichgestellt. Die Altersklasse über 30 Jahre, die im Mai eingeführt wurde, fällt ab 1. August wieder aus. Rindigungen sollen rückgängig gemacht werden. Die Streikzeit wird nicht bezahlt. Der heutige Tag gilt nicht mehr als Streiktag. Außerdem sollen sämtliche Arbeitgeber verpflichtet sein, ihren Angestellten auf ihren Wunsch monatlich einen Vorschuß auf die Gehälter in Höhe von insgesamt 2000 M. auszu zahlen.

Der Buchdruckerstreik dauert fort und hat sich infolgedessen verstärkt, als er auf die Umgebung von Frankfurt übergegriffen hat. Die Zeitungen erscheinen nicht.

Uralte Erntegebräuche.

Von Dr. Hans Benzenmann.

Alle Verrichtungen der Landwirtschaft, alle Vorkommnisse des Landwirts sind untrennbar von einem geheimnisvollen Schicksal uralten Aberglaubens, von Sagengebräuchen, Zauberformeln und hexenhaftem Rituellen. Alle Sorge des Landmannes aber gilt der Ernte, dem Wachsen der Saat und der Einbringung der Ernte. An die Weisheit der Feldfrucht und Ernte stehen daher besonders unter der Weisheit und dem Segen alter Bräuche, die sich auf heidnisch-germanische oder gar indogermanische Vorstellungen zurückführen lassen. So leitet, um eine reiche Ernte zu erzielen, in der germanischen Form in ganz Deutschland eine Art Aehrenzauber ein. In dem viele Tausende von Einzelgebräuchen umfassenden Aehrenzauber (Berlin 1900, dritte Bearbeitung von Carl Hugo Meyer), findet man auch über dieses Gebiet eine große Reihe von interessanten Einzelheiten. Zur Erzielung einer ergiebigen Kornreife führt über den Spiegel (Wetterau, Schießen) oder unter das heilige Holz im Herrgottswinkel der Wohnstube (Baden), rührt am Weibchenspindel Getreide mit (Dsprennen) oder schießt an den heiligen Abenden über den Samen (Weigland). An einem Donnerstag vor Sonnenanbruch geht man dreimal um das blühende Kornfeld, zieht an jeder Ecke jedesmal einen Kornalm aus und speert ihn ins Kornfeld (Weigland). Mit der Roggenernte muß aber nicht am Montag. Bei der Ernte läßt man die ersten Ähren von einem Kinde unter fünf Jahren schneiden und das erste Korn schneidet zuerst drei Ähren (Eigelen) ab und legt sie kreuzförmig auf den Aker, und nach der Ernte nagelt man sie an die Hof (Dsprennen).

diese mythischen Tiere sind veranicht durch den im Getreide wühlenden Wind. Dieses Tier zieht sich bei fortschreitender Ernte immer mehr zurück und wird in den letzten Getreidehäufchen gefangen und in die Scheune gebracht; die letzte Garbe heißt häufig die Ake, der Wolf (Norddeutschland), der Karnbock, die Habergelb (Süddeutschland); mancherlei Erntegebräuche hängen damit zusammen.

Kornspinngebräuche und eigenartige Gebräuche begleiten die Ernte. Beim Aufstehen und Einbringen des ersten Junders Getreide darf kein Wort gesprochen werden (Oldenburg, Siegen). Die erste eingebrachte Garbe besprengt man mit dem an Epiphonias gemahlenen Wasser und Salz und zieht den ersten Erntewagen rückwärts in die Scheune, das schützt gegen den Blismeschneider (Wapern); beim ersten Einbringen des Getreides muß man in die vier Ecken der Scheune einige Garben kreuzweise legen; so kann der Drogge nichts davon holen (Wapern, Franken, Oberpfalz); man hängt einen Haisel gegen Türschwelle über dem Spinnständer auf und dreht denselben zuerst, so kann der Blismeschneider nicht schaden (Erzgebirge); man stellt drei Garben umgekehrt auf den Boden, gegen die Mäule. Wenn ein Fuhrer Roggen im Gehöft steht, darf niemand darunter hindurchziehen, sonst wirkt das nächste um: wer es getan, muß wieder zurückziehen (Oldenburg). Die letzten drei oder neun Scheiden, die Strohstämme, mußte ein ungeschuldes Mädchen abschneiden, sie wurden über das Kreuz der Weibstube gesteckt, damit der Blitz nicht einschläge (Baden). Die letzte Garbe wird mit Steinen beschwert, dann trägt das Getreide im nächsten Jahre schwer (Dsprennen). So auch der Obstbaum. Die Erntefeste haben noch manche heidnischen Erinnerungen bewahrt, besonders an Opferfeste. Das gegenwärtige Bezügen mit Wasser (Dsprennen) soll fruchtbareren Regen bewirken.

Solche Gebräuche werden natürlich auch in den Sagenbüchern der verschiedenen Länder reichlich mitgeteilt, z. B. von Panzer für Bayern und Franken, von Ernst Meier und Bilfinger in ihren Büchern über schwäbische Sagen, von Wilschel über thüringische Sagen.

Kunst und Wissen.

Die Parfen und die „Türme des Schweigens“. Neben anderen Völkern wohnen in Vorderindien auch die aus Parfen eingewanderten Parfen. Sie bekennen sich zur Religion Zoroastriers, sie verehren also das Feuer als höchste und reinste Naturkraft. Sie begraben ihre Toten nicht; denn der Leichnam ist ihnen etwas so Unreines, daß die Erde durch die Aufnahme desselben verunreinigt würde. Ebenfalls dürfen die toten Körper verbrannt werden. Dadurch würde ja das heilige Feuer das gleiche Schicksal erleiden

wie die einen Leichnam bergende Erde. Die Parfen scheuen auch jede Berührung des Leichnams. Ist daher ein Parfe gestorben, so wird er von den Leichenträgern, die einer niederen Rasse angehören, nach den „Türmen des Schweigens“ gebracht. Diese Türme sind die größten Sehwürdigkeiten Bomdars. Erst nachdem man sich vom Sekretariat des Parfi Banchayat Erlaubnis verschafft hat, darf man sich nach dieser Totenstätte begeben. Die „Türme des Schweigens“ liegen westlich von der Eingeborenenstadt Bomdars auf dem Gipfel des Malabar-Hügels in einem wunderschönen Garten, von dem aus man den herrlichsten Blick über Bomdars hat. Ein ehrwürdiger Parfenpriester empfängt uns am Toreingang und übernimmt die Führung. Die Türme des Schweigens selbst darf man freilich nicht betreten. Nur Parfenpriester und den Leichenträgern ist der Eintritt gestattet. Doch kann man die Einrichtung der Türme an einem Robell studieren. Es sind fünf mächtige, 8 Meter hohe Türme, ohne Fenster und nur je mit einer Tür, sie haben aber mehr Ähnlichkeit mit römischen Amphitheatern als mit Türmen. Innerhalb des Turmes befinden sich nun keine Reihen von Stühlen, sondern drei konzentrische Ringe von müdenförmigen Vertiefungen, die durch viele niedrige Radialmauern von einander getrennt sind. In die äußeren Ringe werden die Leichen der Männer, in die des mittleren Ringes die Leichen der Frauen und in die des inneren Ringes die Leichen der Kinder niedergelegt. Kein Angehöriger, kein Freund gibt dem Verbliebenen das letzte Ehrenwort. Sobald die Leichenträger den Leichnam an Ort und Stelle niedergelegt haben, verlassen sie den Turm. Sogleich fallen die auf den Rändern der Türme sitzenden Geier über den Toten her und begannen ihr graufiges Mahl. In kaum einer Stunde ist das Fleisch verzehrt. Die Knochen werden dann in einen in der Mitte des Turmes befindlichen Schacht geworfen, wo sie schließlich zerbröckeln und ihre Ueberreste durch das Regenwasser ins Meer geführt werden.

Wie die Kröte kriecht — ein Geheimnis. Kein Mensch hat bis jetzt genau beobachten können, wie die Kröte kriecht. Die Naturforscher haben sich die größte Mühe gegeben, das Tier dabei genau zu sehen, aber der Vorgang spielt sich so schnell ab, daß man nicht dahinter kam. Wir wissen nur, daß sie mit einer ungeheurer schnellen Bewegung der Zunge einen Käfer oder Wurm hinunterläßt. Nun hat man jetzt versucht, die Kinematographie für diesen Zweck auszunutzen, und zwar sollte die Zeitlupe, die alle Bewegungen verlangsamt, das Geheimnis der Nahrungsaufnahme der Kröte enthüllen. Im Londoner Zoo wurde ein kinematographischer Apparat aufgestellt, und dann bot man der Kröte einige Wehlmäuler an. Die Aufnahmen wurden mit einer Schnelligkeit von 240 Bildern in der Sekunde gemacht. Aber die Kröte war noch schlauer, und auf den ersten Aufnahmen war ihre Zunge nur auf vier Bildern zu sehen. Das bedeutet, daß die Kröte nur ein Sechzigstel

Städtische Nachrichten.

Die Mannheimer „gesetzliche Miete“.

Gewissermaßen als Fortsetzung der Verhandlungen des Bürgerausschusses über die Mannheimer Wohnabgabe fand gestern nachmittag im Turmsaal des Rathhauses unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeisters Dr. Walli eine Pressekonferenz statt, in der die nunmehr festgelegte „gesetzliche Miete“ einer Erörterung unterzogen wurde. Anwesend waren außer der Stadterwaltung Bürgermeister, Handels- und Handwerkskammer, Angestellten- und Arbeiterorganisationen, Hausbesitzerverein und Mietervereinigungen, Bau-Genossenschaften und Hausfrauenbund.

Herr Bürgermeister Dr. Walli, der die Sitzung mit der üblichen einleitenden Ansprache eröffnete, sprach sein Bedauern darüber aus, daß das Reichsmietengesetz nicht früher gekommen ist. Die „gesetzliche Miete“ wäre dann nicht so hoch geworden. Nach den in der letzten Nacht im Bürgerausschuss getroffenen Beschlüssen betrug die Miete im allgemeinen 13,2 Proz. des Steuerwerts, während die „gesetzliche Miete“, wie aus der gestrigen Bekanntmachung des Bürgermeisters hervorgeht, auf 24,1 Proz., also auf nahezu das Doppelte der bisher zahlbaren Miete und auf etwa das Vierfache der Friedensmiete steigt. Es sei äußerst unangenehm, daß dieser große Sprung zusammenfällt mit der Wohnabgabe und mit der Teuerung auf allen Gebieten vor Beginn der Versorgung mit Kohlen, Heizmaterialien und sonstigen für den Winter unentbehrlichen Dingen. Zu dieser außerordentlichen Belastung der Bevölkerung kommt eine höchst unangenehme Steigerung des Brotpreises. Der Stadtrat werde sich bereits in seiner nächsten Sitzung mit der Brotpreiserhöhung zu befassen haben. Es komme eben alles zusammen.

Herr Dr. Walli ging dann auf die einzelnen Bestimmungen des Reichsmietengesetzes ein. Es ist, so führte er u. a. aus, wünschenswert, daß eine freie Vereinbarung über die Miete auf anderer Grundlage erfolgt. Die „gesetzliche Miete“ ist nicht unter allen Umständen vorzuziehen. Das Mietverhältnis sollte alle freien Vereinbarkeiten nachprüfen und nötigenfalls anstelle des vereinbarten Mietzinses die „gesetzliche Miete“ auf Verlangen der Gemeindebehörde oder von Amts wegen festsetzen. Die „gesetzliche Miete“ muß nicht vom Mietvertrag abgeleitet werden. Es ist im Gegenteil erwünscht, daß Hausbesitzer und Mieter untereinander selbst den Betrag festsetzen. Damit die Errechnung ohne Mitwirkung des Mietvertrages erfolgt, ist es notwendig, daß das Bürgermeisterei die Bestimmung der Miete erläßt. Er möchte hoffen, daß das Mietvertragsamt nicht zu sehr belastet wird. Wie möchten uns diesem Wunsche anschließen und Hausbesitzer und Mieter empfehlen, in Streitfällen zunächst entweder den Hausbesitzerverein oder die Mietervereingung um Rat anzugehen, ehe das Mietvertragsamt in Anspruch genommen wird. Man wird auf diese Weise alle unnötigen Kosten vermeiden, die bei der Inanspruchnahme des Mietvertragsamtes entstehen. Es werden, selbst wenn diese Maßnahme beherzigt wird, zweifellos noch genug vermehrte Fälle übrig bleiben, in denen eine gütliche Einigung aus bestimmten Gründen nicht zu erreichen ist.

Bei der Besprechung des Zuschlags für die großen Instandsetzungsarbeiten stellte Herr Dr. Walli fest, daß der Betrag nicht zur Bezahlung dieser Arbeiten bestimmt ist. Er soll lediglich zur Verzinsung und Tilgung verwendet werden. Ein anderer Modus wäre auch garnicht möglich. Man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, was eine umfangreiche Dachreparatur kostet, um zu erkennen, wie hoch der Hunderttag werden müßte, wenn man sich nicht auf die Verzinsung und Amortisierung der Kosten beschränken wollte. Der Betrag, der für die großen Instandsetzungsarbeiten einzahlt, ist vom Hausbesitzer in einem Hauskonto anzulegen. Der Hausbesitzer darf über dieses Konto nur verfügen, wenn er die schriftliche Zustimmung der Mieter oder der Mietervereingung besitzt. Das Konto darf nur für die notwendigen Instandsetzungsarbeiten verwendet werden. Für die Sperrung des Kontos bestehen gewisse Bestimmungen. Der Mieter kann allerdings die sachgemäße Verwendung des Kontos erzwingen. Nach der Durchsprechung sämtlicher Einzelheiten, auf die wir nicht weiter eingehen können, da sie an dieser Stelle schon zur Genüge diskutiert worden sind, demerte Herr Dr. Walli zum Schluß, im großen und ganzen schone ihm das Gesetz nicht schlecht zu sein und den heftigsten Interessen der Vermieter und Mieter zu entsprechen. Er möchte wiederholt der Hoffnung Ausdruck geben, daß es für die Miete nicht notwendig ist, wegen der Festsetzung der „gesetzlichen Miete“ den Weg zum Mietvertragsamt zu suchen, zumal schon bisher ziemlich ähnliche Bestimmungen aufgrund der Richtlinien maßgebend waren und sich durchaus bewährt haben.

Herr H. K. Koediger, der Vorsitzende des Mietvertragsamtes, ergänzte die Ausführungen des Herrn Dr. Walli in einigen Punkten. So betonen bezüglich des Zeitpunktes des Inkrafttretens der „gesetzlichen Miete“ nach Unterverhandlungen, hier- zu ist zu sagen, daß das Reichsmietengesetz auf § 565 des Bürgerlichen Gesetzbuches verweist, wonach bei nach Monaten bemessenen Mieten spätestens am 15. auf 1. n. Monats gekündigt werden kann. Das Verlangen der „gesetzlichen Miete“ ist spätestens am 15. eines jeden Monats dem anderen Vertragspartner schriftlich mitzuteilen. Wenn dagegen in einem Mietvertrage steht, daß die Miete jährlich 1200 Mark beträgt und in Monatsraten zu bezahlen ist, dann bricht es sich nicht um die monatliche Bemessung der Miete, sondern dann ist die Miete nach Jahren bemessen. In diesem Falle gilt die Bestim-

mung des B.G.B., wonach in den ersten drei Wochentagen des Kalenderjahres die Erklärung abzugeben ist, daß die „gesetzliche Miete“ am ersten Wochentag des nächsten Kalenderjahres in Kraft tritt, was nicht wöchentlich oder monatlich ist, fällt unter das Vierteljahr.

Herr Rechtsanwalt Koediger mußte die unangenehme Mitteilung machen, daß mit einer weiteren Erhöhung des Prozentsatzes der „gesetzlichen Miete“ zu rechnen ist, wenn die Umfragen eine weitere Steigerung erfahren. Damit ist leider in Höhe eine weitere Erhöhung zu rechnen. Eine merkwürdige unsoziale Bestimmung, an die die Hausbesitzer nicht denken, wenn sie die „gesetzliche Miete“ verlangen, ist in § 1 des Reichsmietengesetzes enthalten. Der Mieter, der seine Miete monatlich zu bezahlen hat, der also im allgemeinen nicht über den großen Geldbeutel verfügt, muß schon am 1. August die „gesetzliche Miete“ entrichten, während derjenige, der vierteljährlich zahlt, also der Inhaber der großen Wohnung, erst vom 1. Oktober gesetzlich bindend muß. Alle Erklärungen, die vor dem 1. Juli abgegeben wurden, sind wirkungslos, weil eine Erklärung aufgrund eines Gesetzes, das noch nicht in Kraft ist, nicht abgegeben werden kann. Recht unangenehm wird für den Hausbesitzer die Sache, wenn seine Mieter zum Teil vierteljährlich, zum Teil monatlich die Miete bezahlen. In diesem Fall muß er nach § 23, Abs. 2 der bayerischen Ausführungsvorschriften den Zuschlag für die großen Instandsetzungsarbeiten für alle diejenigen Räume aus der eigenen Tasche bezahlen, von denen er die „gesetzliche Miete“ nicht vom 1. August ab erhält. Er wird in diesem Fall lediglich auf das Entgegenkommen derjenigen Mieter angewiesen sein, die erst vom 1. Oktober ab von dem Gesetz erfasst werden. Es ist daher zu empfehlen, daß der Hausbesitzer bei derartigen „gemischten Verhältnissen“ die „gesetzliche Miete“ erst vom 1. Oktober ab verlangt. Die Entscheidungen des Mietvertragsamtes werden sich wohl in der Hauptsache auf die Bestimmung des durch die „gesetzliche Miete“ herausgewirtschafteten Gesamtbetrages auf die einzelnen Wohnungen beschränken. Bei den laufenden Instandsetzungsarbeiten wird sich das Verfahren sehr kompliziert gestalten. Das Mietvertragsamt wird bestimmen, welche Arbeit zuerst auszuführen ist und in welcher Frist.

In der Aussprache, die diesen orientierenden Ausführungen folgte, wurden noch eine Anzahl kritischer Fragen erörtert und gelöst. So wurde u. a. festgestellt, daß in den bayerischen Städten ein Hauskonto errichtet werden muß. Nur die Genossenschaftswohnungen sollen nicht unter diese Bestimmung. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß seit 1. Juli 1918 ohne gesetzliche Beschränkungen gebaut werden kann. Der Hausbesitzer muß aber, wenn er steigern will, kündigen. Die Kündigung bedarf der Genehmigung des Mietvertragsamtes, das den neuen Preis festsetzen wird. Von einem Gemeindefiskusbeamten wurde die nicht unbegründete Befürchtung ausgesprochen, daß die öffentlichen Stellen nach Festlegung der „gesetzlichen Miete“ geradezu überlaufen werden dürften, weil für einen großen Teil der Bevölkerung die Errechnung der Miete ein delikates Drama sei. Es wurde deshalb eine aufläuternde Veröffentlichung in der Presse mit Beispielen empfohlen und zugesagt. Wenn sich der Hausbesitzer weigert, das Mietvertragsamt um die Berechnung der Miete zu gewähren, die Errechnung ist in uns den Einkünften verpfändet, daß das Reichsmietengesetz dem Mietvertragsamt eine Lastenliste neuer Arbeit in der Übergangszeit bringen wird. Wir sind nicht so optimistisch, zu glauben, daß in den meisten Fällen eine gütliche Einigung ohne Inanspruchnahme des Amtes erfolgt. Es ist auch zu befürchten, daß sich das Verhältnis zwischen Vermieter und Mieter nicht besser gestaltet. Aber das wird in jedem einzelnen Falle von der Einsicht beider Teile abhängen. Das Reichsmietengesetz ist in Kraft. Damit haben sich Vermieter und Mieter abzumachen. Beide Teile müssen sich der Hausbesitzer wird einstellen müssen, daß der Standpunkt des Hausbesitzer der Vergangenheit gegenüber und der Mieter wird sich in die Bestimmungen zu schicken haben, die ihm das Gesetz auferlegt. Beidseitig wird die Eingewöhnung in die neuen Verhältnisse nicht sein. Aber bei gegenseitigem guten Willen muß sich das Verhältnis zwischen Vermieter und Mieter zum mindesten „korrekt“ gestalten. Eine nicht gerade dankbare Aufgabe fällt der Mietervereingung zu. Man wird schon heute sagen können, daß diejenigen, die sich dazu bereit erklären, den „Wohlfahrter“ zu bilden, nicht zu beneiden sein werden.

St.N.A. Beständige Umlage 1922/23. In § 12 Abs. 1 des Grund- und Gemeindefiskusgesetzes bzw. § 60 der dazu ergangenen Ausführungsverordnungen ist bestimmt, daß, solange einem Steuerpflichtigen ein Steuerbescheid für das Rechnungsjahr nicht zugeworfen ist, er zu den festgesetzten Zahlungssterminen Teilzahlungen von je einem Viertel der zuletzt festgestellten Steuer- bzw. Umlagezahlung zu entrichten hat, falls diese mindestens M. 2500 beträgt. Der Stadtrat hat in der Sitzung vom 22. Juni 1922 beschlossen, von dieser Bestimmung Gebrauch zu machen. Den in Betracht kommenden Zahlungspflichtigen sind Umlagezettel anfangs Juli d. J. zugeworfen. Die Zahlungsaufforderung der Stadtkasse an den Umlagepflichtigen und in den hiesigen Tageszeitungen betrifft nur die Umlagebeträge (über M. 2500). Den übrigen Schuldnern werden Umlagezettel noch zugeworfen.

3. Vorübergehende Einschränkung der Gültigkeitsdauer der zusammenfassenden Rundreise. Anlässlich der Erhöhung der Tarifklasse auf 1. Oktober wird die 60-tägige Gültigkeit der von den Vereinen des Badischen Reisebüros zur Ausgabe kommenden Rundreisehefte vorübergehend vorübergehend eingeschränkt, daß die in der Zeit vom 6. August bis 30. September ausgegebenen Rundreisehefte für deutsche Städte nur bis 3. Oktober gültig sind. Bei Fahrpläne für Hin- und Rückfahrt muß die Rückfahrt spätestens am 30. September angetreten werden und ebenfalls am 3. Oktober beendet sein. In gleicher Weise muß bei den nun alten Fahrpreisen am 30. September gelösten amtlichen gewöhnlichen Fahrkarten die Reise an diesem Tag noch angetreten werden, während zu anderen Zeiten die Fahrt innerhalb der vierstündigen Gültigkeit der Fahrkarte beliebig begonnen werden kann.

4. Jagdwaffenbesitz nach dem Schwarzwald. Die vom Badischen Bezirksverband in Verbindung mit den örtlichen Vereinen veranstalteten Sonderjagden erfreuen sich fortwährend großer Beliebtheit. Am 6. August verkehrte ein Sonderzug von Mannheim und Karlsruhe nach dem mittleren Schwarzwald (Hörsing, Triberg), die von prächtigem Wetter begünstigt waren. Am 13. August wird ein Sonderzug von Mannheim und Karlsruhe nach Rastatt zur Ausführung kommen. Sämtliche bisher veranstalteten Sonderjagden waren ausverkauft. Unter der Voraussetzung, daß ebenfalls die Durchführung möglich ist, werden deshalb folgende weiteren Jagden veranstaltet werden: Am 27. August von Mannheim und Karlsruhe nach Baden-Baden, ferner ab Mannheim und Karlsruhe am 3. September nach Rastatt, am 10. September nach Triberg und am 17. September nach Rastatt.

5. Der letzte diesjährige Ferienoberzug ab Mannheim, Heidelberg, Bruchsal und Karlsruhe nach Freiburg, Basel, Triberg und Rastatt wird am 21. August verkehren: Mannheim ab 8.00 Uhr vorm., Heidelberg 8.30 vorm., Karlsruhe 9.35, Bad-Dinglingen 11.30 Uhr, Freiburg an 12.04 Uhr, Basel bad. Bahnhof an 1.09 Uhr nachm.; über Offenburg Ankunft in Triberg 12.49 Uhr, Rastatt an 4.14 Uhr nachm., mit Halt in Müllingen, Donaueschingen, Immenstadt, Sins, Rothschaffel. Am 22. August verkehrt ein Sonderzug zu mehrtägigen Reisen in ungetriebener Richtung: Rastatt ab 7.55 Uhr vorm., Triberg ab 11.50 Uhr, Basel ab 11.02 Uhr, Freiburg ab 12.12 Uhr mittags, Karlsruhe an 2.58, Heidelberg an 4.14 Uhr, Mannheim an 4.41 Uhr. Fahrkarten und nähere Auskunft sind bei den Stationen erhältlich.

6. Volksbund deutscher Arbeitervereine. Nach dem Tode des Herrn Oberleiters a. D. R. Reimann, des verdienten leitenden Schriftführers des Volksbundes Deutsche Arbeitervereine, übernahm ehrenamtlich Herr E. Hill, B. 5, 17/18, die Geschäftsführung. Anwesenden als Mitglied, Anfragen über Ort und Zustand der Arbeitervereine im Ausland sind deshalb an dessen Adresse zu richten. (Weiteres Anzeigen in dieser Nummer.)

Kommunale Chronik.

Landau, 8. Aug. Der Stadtrat beschloß sich in seiner jüngsten Sitzung wiederholt mit der Wohnungsabgabe. Im Februar hat er 40% der Mieterverhältnisse beschloß. Jetzt möchte er von der Ermäßigung durch Ministerialentscheidung Gebrauch, die Abgabe auf 75% hinaufzusetzen, da sonst der Ertrag nicht ausreichen würde, Verzinsung und Tilgung der Darlehen zu decken. Wo eine der letzten Städte hat nun auch Landau seine Miete im merkwürdigen. Sie war leinereit abgelehnt worden, weil sie einen eigenen Beamten zur Durchführung nötig gemacht hätte. Nachdem die Stadt abneigt ein eigenes Steueramt einzurichten, wurde die Steuer wieder aufgenommen und folgende Höhe festgesetzt: bis 50 M. 10%, 51-100 M. 20%, über 100 M. 30%. Der Bezirksausschuss Landau hat es abgelehnt, zu dem Antrag betr. Aufhebung der Stadt aus dem Bezirksverband Stellung zu nehmen, solange die politische, wirtschaftliche und finanzielle Lage nicht geklärt ist. Das Staatsministerium hält es nicht für möglich, die Anträge der pfälzlichen Städte einzeln zu behandeln. Der Stadtrat ist mit der gemeinsamen Behandlung wohl einverstanden, wünscht aber, daß die Behandlung der Angelegenheit nicht zu nötig verzögert werde. — Bessere Klagen wurden über den Preis der neuen Kartoffeln und Gemüse würden nicht eingehalten, es läßt sich minderwertiges Obst auf den Markt. Von der Einführung einer Marktmission wurde jedoch abgesehen, weil die Erzeuger sich an einer solchen nicht beteiligen würden und weil zu befürchten ist, daß die Waren noch mehr abwandern würden, z. B. nach Birkenfeld, wo höhere Preise gezahlt werden. Die Polizei hat, was sie kann, findet auf keine Weise durch die sog. Wucherpreise und auch nicht bei den Käufern, die glauben, sie müßten das erste Obst und die ersten Gemüße um jeden Preis haben. Die zahlreichen Frankenschnitten tragen unfruchtbar zur Preisbildung bei. Die Marktmissionen werden zeitgemäß erhöht werden. — In gemeinsamer Sitzung wurde als Direktor des städtischen Krankenhauses Dr. Müller aus dem Amt unter 40 Bewerbern gewählt und als Stadtkassier Jörg aus Birkenfeld unter 21 Bewerbern.

St.N. Frankfurt, 9. Aug. Der Magistrat stimmte einem Antrag zu, nach dem in den Konstanter Personenstellenstellen Hinzunahme von Beamten bei Köppern im Interesse der Wirtschaftlichkeit des Betriebes und zur allgemeinen Aufbahrung der ausgezeichneten Helfertätigkeiten ein Landhaus in ein ausgezeichnetes Erholungsheim für Genesende oder nach ärztlichem Gutachten Erholungsbedürftige umgewandelt werden soll. — Der Magistrat hat beschlossen, daß für den Besuch der Kaiserliche von Ausländern künftig neben dem letzten Eintrittsgeld ein Zuschlag von fünf Mark für je 100 Punkte des Dollarkontos über 500 erhoben und danach das Eintrittsgeld von Woche zu Woche veränderlich festgesetzt werden soll.

St.N. Saarbrücken, 8. Aug. Nachdem die Stadt Saarbrücken vor einiger Zeit eine Urberger- und eine Parthenstraße erhalten hat, beschloß auch der Gemeinderat Schiffler in seiner letzten Sitzung, zu Ehren der beiden ermärkten deutschen Kaiser zwei Straßen zu benennen.

Aus dem Lande.

St.N. Karlsruhe, 9. August. Zur Feier der dritten Wiederkehr des Tages der Waimarer Verfassungsveränderung veranstaltete der Stadtrat am Abend, also am Donnerstag, abends 8 Uhr, im großen Saale der Festhalle einen Festakt mit musikalischen Darbietungen und einer Rede des Reichstagsabg. Minister a. D. Dr. Ludwig Haas. Der Stadtrat läßt die Bevölkerung zur Teilnahme an der Feier ein.

St.N. Karlsruhe, 9. Aug. Die beiden an der Ermordung des Landwirts Braun in Lauf bei Bühl beteiligten Arbeiter, ein 44-jähriger Hilfsarbeiter und ein 44-jähriger Maurer, sind hier verhaftet, werden. Die Verhaftung des dritten Täters in Lauf bezichtigten wir zusammen mit der Anzeige des Wirtes.

St.N. Mosbach, 8. August, 9. Aug. Hier brach am Sonntag ein Feuer aus dem Hause des Landwirts Schäfer nieder. Die Brandursache bedarf noch der Klärung. Nur das lebende Inventar konnte gerettet werden.

St.N. Emmendingen, 8. Aug. Ein selbstmörderischer Beiler wurde vergangene Woche in Böhlingen festgenommen. Bei seiner Einvernahme stellte sich heraus, daß man es nicht mit einem armen Beiler, sondern mit einem 78 Jahre alten reichen Freiburger Rentier zu tun hatte, welcher in einer der schönsten Straßen dort ein großes Haus besitzt und ein Pensionat unterhält. Der Mann ist von dem trantholten Wahn befallen, daß seine Ehe zu seinem Lebensunterhalt nicht mehr ausreichen und er erlegte sich daher auf Beihilfe. Nach verschiedenen Lebensmitteln fand man 318 Mark Bargeld bei ihm.

St.N. Waldkirch (Breisgau), 9. August. Die Gemeinde wird auch in diesem Jahre den Schwerekriegsbeschädigten und den bedürftigen Kriegswitwen ein bis zwei Etr Brennholz unentgeltlich zuweisen. Für die übrigen Haushaltungen der Stadt Waldkirch werden gegen Bezahlung je vier Etr Brennholz bereit gehalten.

St.N. Rastatt, 9. August. Ein humorvoller Beiler empfahl in der hiesigen „Freien Stimme“ den Hausfrauen, deren Küche von Nippenwürmern heimlich wird, folgende einfache und „unbillige“ Mittelmittel zur Vertilgung der lästigen Schmarotzer: In dem Naume, in dem die Nippen vertrieben werden sollen, muß man ein Krübelchen Teufel und Wand. Nach einem alten Sprichwort erscheint dieser alsdann auf der Welt. Dann schicke man den Krübel ab, nachdem man vorher alle Behälter mit Wasser anfüllt. In bekanntlich der Teufel in der Not flüchten fröhlich, werden die Nippen in wenigen Tagen von ihm aufgefressen sein!

Aus der Pfalz.

St.N. Guts Kartoffelernte in der Pfalz. Die Kartoffelernte in der Pfalz darf als gesichert bezeichnet werden. Diese Ansicht wird von den Landwirten allgemein geteilt. Selten standen die Kartoffelernte so vielversprechend wie in diesem Jahre. Die Städte tragen prächtig entwickeltes, dunkelgrünes Kraut und der Knollenantrieb ist reichlich. Trotz der vielfach nachteiligen Witterung entwickelten sich die Knollen in dem im Herbstverlorenen Jahre völlig durchgehenden Boden ganz ausgezeichnet. Der aus Kassel der Frühkartoffelernte läßt, mit der „Hilfspläner“ berichtet, auch auf eine reiche Ernte in Spätkartoffeln mit Sicherheit hoffen. Wenn nicht alles trügt, dürfte uns in diesem Herbst eine sehr gute Ernte in Kartoffeln befehlen sein. Das wäre umso erfreulicher, als damit auch ein Ausgleich für die nicht überall befriedigende Preisergebnisse gegeben und unsere Volksernährung in der Hauptsache gesichert wäre.

St.N. Ludwigshafen, 10. Aug. Hartnäckige Selbstmordversuche im Kampf machte ein 25 Jahre alter Fabrikarbeiter; er stürzte sich nachts in den Rhein, wurde jedoch von zwei Arbeitskollegen wieder herausgeholt und nach Hause gebracht. Eine Stunde später sprang er abermals in den Rhein, wurde jedoch von denselben Kollegen wieder gerettet und der Polizei übergeben. Derselbe verweilte bis zu seinem Tode in der Gefängnis.

St.N. Speyer, 10. Aug. Vor der Regierungskammer des Obergerichtes im Reich wegen Zionsagen signierten der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen. Die Brandstiftungsuntersucher haben die entscheidende Kammer als bekannt gemacht. Die Entscheidung soll nun durch das Regierungspräsidium verurteilt werden.

St.N. Kaiserslautern, 6. Aug. Da bei den Verhandlungen mit den pfälzlichen Brauereiarbeitern und dem Organisationsrat der Brauereiarbeiter die Arbeitgeber die Forderung einer wöchentlichen Jutage von 400 M. ablehnen und nur 250 M. ausbezahlen wollen und außerdem die Forderung auf Wiedereinführung des Straußens und die Bezahlung der Überstunden für Überstundenfahrer aus prinzipiellen Gründen nicht bewilligen, traten die Brauereiarbeiter von Kaiserslautern und Speyer sofort in den Streik. Der pfälzische Brauereiarbeiterverband verfügte wegen dieses Streiks daraufhin die Sperrung der sämtlichen pfälzischen Brauereiarbeiter, die diese Maßnahme mit der Wiederlegung der Arbeit beauftragten.

Berichtszeitung.

Mannheimer Ferienstrafammer.

Am 24. Februar ds. Js. hatte die Strafkammer den Tagelöhner...

John Jenner Sped (amerikanischer, jüngerer Amerikaner) wurde...

Die 43jährige Katharina Reipert aus Kittenheim ist am...

r. Landau, 7. Aug. Auf dem Wochenmarkt wurde durch die...

Die 43jährige Katharina Reipert aus Kittenheim ist am...

Radolfzell, 9. Aug. Die „Badische Presse“ erzählt: Wie seiner...

Sportliche Rundschau.

Erfolg deutscher Flieger in Italien.

Dr. Rom, 9. August. Die beiden deutschen Flieger Fidler...

Dr. Rom, 9. August. Der Becher des Larchenischen Meeres...

Palermo-Terracina und zurück, wurde von dem deutschen...

Ein neuer Rekord mit dem motorlojen Flugzeug.

C. V. Paris, 9. August. Bei den getragenen Probestritten mit...

Luftfahrt.

Dr. Gersfeld, 8. Aug. Zum Rhein-Seegeflugs-Wettbewer...

Radspport.

Dr. Großer Preis der Industrie. Für ihre Herrenjahre ver...

Dr. Die A. K. J.-Meisterschaft auf der Landstraße endete...

Lawatennis.

Dr. Tennismeister Kreuzer geschlagen. Eine Meilenüberföhung...

Fußball.

Dr. Deutsche Fußballmeisterschaft. In später Abendstunde...

ein neues dreites Entscheidungsspiel nötig geworden. Ueber den...

Leichtathletik.

Dr. Deutschland schlägt Holland. Wie zu erwarten war, siegen...

Neues aus aller Welt.

Der Konkurs der Sportbank Köln. Die Situation im Konkurs...

Konkurs auf hoher See. Eine Tragödie auf der Nordsee...

Das große Los - 30 Millionen. Die Zentrale Hungerhilfs...

Das große Los - 30 Millionen. Die Zentrale Hungerhilfs...

Verlagsgeber, Drucker und Verleger: Dankschreiben Dr. Haas...

5 Siege an einem Tage

30. 7. Olympiabahn Berlin

30. 7. Frankfurt a. M.

576

Motorrad-Meisterschaftv. Preußen
Erster: Jos. Müller auf N. S. U.
Erster: Jos. Müller auf N. S. U.
Erster: Tennigkeit auf Derad

Rund um Frankfurt
Erster: Glöckler auf N. S. U.
30. 7. Braunschweig
Gr. Preis von Braunschweig
Erster: Mischke auf Snob

sämtlich mit

Continental
Krafttradreifen



Mittheilung der Stadtgemeinde. Die Stadtgemeinde Mannheim beabsichtigt...

Wasser-, Gas- und Stromgebühren. Um dem Personal den jährlichen Erholungs...

Ambulatorium für Haut-, Geschlechts- u. Frauen-Krankheiten.

Stockholz. Fichten, Buchen und Eichen, geprengt, erd-...

Schuhhaus Müllecker. Die billigste Bezugsquelle für Schuhwaren aller Art.

Haut-, Blasen-, Frauenleiden. Syphilis- Behandlung nach den...

Prima Stockholz, gesägt! Langeland, trocken, von großer Heizkraft...

Hauser & Richter, G. m. b. H. Gärtnersstr. 10. Tel. 9056.

Tapeten-Reste in großer Auswahl billigst 516

Karl Götz D 2, 1 Tel. 7367

Uhren u. Schmuckwa. repariert gut und billig

